

Vgl.: <https://www.dielinke-nds.de/wahlen-2021/kommunalwahl/>

### 3. Bildung: Gebührenfrei und inklusiv von der Kita bis zur Meisterprüfung

**In Hannover leben Arm und Reich immer seltener im selben Stadtteil. Auch in Kindertagesstätten (KiTas) und Schulen mischen sich die sozialen Gruppen weniger. Das Bildungswesen verstärkt Unterschiede zwischen Menschen, anstatt sie auszugleichen. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind Krippenplätze in Hannover besonders teuer. Bis zu 216 Euro monatlich müssen Eltern für die Betreuung ihrer Kinder bezahlen. Der Bildungserfolg von Kindern hängt stark von Geldbeutel, Herkunft und Bildungsstand der Eltern ab. DIE LINKE möchte, dass Kinder aller sozialen Gruppen gemeinsam gute öffentliche KiTas und die "Eine Schule für alle" (Integrierte Gesamtschule) besuchen können. Das Bildungswesen soll alle Kinder individuell fördern, unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft. Es braucht kleinere Gruppen sowie mehr Personal und Lernmittel.**

Wir fordern:

- Eine gute KiTa- und Grundschulinfrastruktur – Kurze Wege für kurze Beine
- Gebührenfreie Krippen und KiTas
- Ein besserer Personalschlüssel für die KiTas und kleinere Gruppen; wir brauchen mehr pädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen. Damit einhergehend muss auch ermöglicht werden, dass Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben innerhalb der regulären Arbeitszeiten erledigt werden können.
- KiTas sind Integrationsschmieden der Zukunft. Fachkräfte müssen bei der Erlangung multikultureller Kompetenzen durch Fortbildungen unterstützt werden.
- Für die Schulen in den Kommunen der Region ist eine Aufstockung der Stellen für Schulsozialarbeiter\*innen nötig.
- Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen (inklusive Unterricht) muss durch die Festanstellung aller Sonderpädagog\*innen an den Regelschulen abgesichert werden.
- Aufstellung von multiprofessionellen Teams mit Regelschullehrer\*innen, Förderschullehrer\*innen und Sozialarbeiter\*innen zur besseren Abstimmung des inklusiven Unterrichts
- Kommunales Sofortprogramm für Schulen in sozial und ökonomisch benachteiligten Stadt- und Ortsteilen
- Kostenfreies gesundes und regionales Mittagessen für KiTas und Schulen
- Kinder dürfen nicht unter unwürdigen Bedingungen lernen: Schulgebäude und Schultoiletten müssen in einwandfreiem Zustand sein. Sanierung und Weiterentwicklung der Lerninfrastruktur müssen Priorität haben.
- Das Online-Anmeldungssystem für Kitas muss endlich zeitgemäß weiterentwickelt werden.
- Kinder müssen Schwimmen lernen: Daher müssen öffentliche Bäder, wie etwa das Fösebad mit Freibad und das Misburger Bad, neu gebaut werden. In den Landgemeinden muss ein ortsnaher Zugang zu öffentlichen Schwimmbädern gesichert werden.

- Kinder müssen Platz zum Spielen haben: Daher Erhalt aller kommunalen Spiel- und Bolzplätze in der Region Hannover. Erneuerung von veralteten und nicht mehr zeitgemäßen Spielplätzen in den regionsangehörigen Städten und Gemeinden
- Schaffung von Spiel- und Bolzplätzen in Neubaugebieten. Spielplätze müssen in öffentlicher Hand bleiben.
- Lernmittelfreiheit
- Das Modell Integrierte Gesamtschule als „Eine Schule für alle“
- Umfassendes Netz an Integrierten Gesamtschulen (Ganztagsschulen) zur Partizipation und Förderung der Schüler\*innen ihrer Interessen entsprechend und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- Projekte zum Thema „demokratische Schulen“
- Die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere, gemeinsame Lernen verwirklicht wird
- Keine Auftritte von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern in den Schulen Hannovers
- Einführung eines eigenständigen Bildungsangebotes für Friedens- und Konfliktforschung sowie für Demokratieerziehung

Dem Anspruch, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben vorzubereiten, werden unsere Schulen leider viel zu selten gerecht. Der Spaß am Lernen, den die meisten Kinder mit in die Schule bringen und der nachweislich zu besseren Leistungen führt, geht oft binnen weniger Jahre komplett verloren und wird abgelöst durch bloßes Auswendiglernen. In den meisten Schulen ist kaum Platz für Neugier und Mitbestimmung. Klassenstufen übergreifender Unterricht, kleinere Lerngruppen und gezieltere Förderung sind aus unserer Sicht unbedingt notwendig. Jedes Talent verdient Förderung. Modellprojekte aus Skandinavien zeigen, dass Schüler\*innen motivierter sind, wenn sie an der Gestaltung des Unterrichts beteiligt und als Menschen ernstgenommen werden. Aus diesem Grund fordern wir die Demokratisierung von Schulen ab der ersten Klasse.

Für DIE LINKE ist klar: Nur die Integrierte Gesamtschule kann das ausgrenzende gegliederte Schulsystem überwinden. Kommunale Verantwortungsträger\*innen sollen sich daher für die Ausweitung des Angebotes an Integrierten Gesamtschulen stark machen. Das Bildungswesen soll alle Kinder individuell fördern, unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft. Es braucht kleine Gruppen, mehr Personal und Lernmittel. Die Kinder sollen gut gebildete, selbstbewusste, emanzipierte und demokratisch aktive Menschen werden. Für DIE LINKE erfüllt die Gesamtschule dieses Bildungsideal.

Für einkommensschwache Eltern oder Alleinerziehende ist es in der Region Hannover immer noch schwierig, einen angemessenen Hort- oder KiTa-Platz zu erhalten. Hohe Kostenbeiträge belasten diese Haushalte überdurchschnittlich. Sind die Kosten jedoch nicht zu stemmen, scheitert für die betroffenen Eltern oft die Reintegration am Arbeitsmarkt. Davon sind insbesondere alleinerziehende Frauen betroffen. Daher fordern wir kostenfreie Hort- und KiTa-Plätze mit einem dem zeitlichen Arbeitsumfeld von Müttern und Vätern angepassten Angebot.

Ein bei den Bildungsträgern bekanntes Problem ist, dass einkommensschwachen Familien zum Monatsende oft die Mittel fehlen, ihre Kinder mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen. Dieser Zustand ist beschämend. Eine kostenfreie und warme Mittagsverpflegung an den KiTas und Schulen ist daher verpflichtend, wenn ein gleichberechtigtes Lernen mehr als eine Sprechblase sein soll.

In den ärmeren Stadt- und Ortsteilen der Region Hannover erzielen deutlich weniger Kinder höhere Bildungsabschlüsse. Talente gehen der Gesellschaft verloren. Kinder und Jugendliche aus ärmeren und migrantischen Familien brauchen mehr individuelle Förderung. Werden KiTas und Schulen von vielen Kindern von Leistungsempfänger\*innen von Arbeitslosengeld II besucht, müssen sie bevorzugt mit Personal, Räumen aller Art sowie Sach- und Lernmitteln ausgestattet sein. Konzepte der individuellen Förderung, der Sprachförderung und der Inklusion müssen dort konsequent umgesetzt werden. Die kommunalen Entscheidungsträger\*innen sind aufgefordert, dazu einen Schulsozialindex zu entwickeln, um mit den zuständigen Landesbehörden die Zuschussfinanzierung zu gewährleisten.

Insgesamt ist die bauliche Situation an den Schulen in der Region Hannover so katastrophal, dass die kommunalen Verantwortlichen dies selbst anerkennen. Die Privatisierung der kommunalen Baudienstleistungen hat dazu geführt, dass die Bauinfrastruktur mittlerweile marode ist und Baudienstleistungen teuer bei externen Anbietern eingekauft werden müssen. DIE LINKE will diese fortdauernde Privatisierung des Bauens und Sanierens beenden und wieder eine leistungsfähige kommunale Bauverwaltung aufbauen, die zudem langfristig Kosten spart. Nur so können an den Schulen Bedingungen geschaffen werden, die ein Lernen in Würde erlauben.

Bei der notwendigen Lernmittelfreiheit für Bezieher\*innen von Transferdienstleistungen müssen alle Möglichkeiten der rechtlich und sozialgerichtlich vorgesehenen Mehrbedarfe voll ausgeschöpft werden. Die Sozialleistungsträger werden verpflichtet, die Leistungsberechtigten in aktualisierter Form proaktiv über ihre diesbezüglichen Rechte zu informieren.

Anstatt weiterhin Geld für „Weiterbildungen“ bei sogenannten Bildungsträgern rauszuwerfen, könnte unser Staat gleich die gesamte Aus- und Weiterbildungsfinanzierung auf den Kopf stellen: Qualifikationsmaßnahmen sollten nur noch an Berufsschulen, Meisterschulen, Berufsakademien, Fachhochschulen und Unis stattfinden – ganz nach Wahl und Eignung des „Kunden“. Jeder Mensch sollte ein Anrecht darauf haben, während einer solchen Ausbildung ALG II oder reguläres ALG mit ergänzendem ALG II zu beziehen. BAfög/Berufsbildungsbeihilfe kann man dann abschaffen. Dann erhalten endlich alle in Aus- und Weiterbildung immer existenzsichernde Leistungen, und sie starten nicht mit einem Schuldenberg ins Berufsleben.